

Die Erklärung Poincarés.

Die wichtigsten Stellen der ministeriellen Erklärung, die Poincaré gestern mittig in der Kammer und Barthou im Senat verlesen hat, lauten: Von dem Präsidenten der Republik zur Übernahme der Regierungsmacht unter ersten Umständen berufen, hat das Kabinett, das sich Ihnen hiermit vorstellt, seinen anderen Zweck, als in enger Zusammenarbeit mit dem Parlament die Achtung vor den Verträgen herzustellen, die die Friedensbedingungen enthalten. Um unter Programm zu erläutern, machen wir uns die Worte zu eigen, die die Präsidenten von Senat und Kammer bei Eröffnung der Tagung gesprochen haben. Poincaré bemerkt, daß das Verlangen der vorläufigen Justiz die Vorbereitung des Haushaltsvoranschlags für 1922 erleichtere. Aber so energisch auch unsere Bemühungen sein müßten, können wir doch nur dann ganz sicher sein, die französischen Finanzen zu retten, wenn Deutschland, für dessen Rechnung wir schon so viele Milliarden ausgelegt haben, sämtliche Verpflichtungen erfüllt, die es übernommen hat, und die Schäden wieder gut macht, die es verursacht hat. Es wäre die schrecklichste Ungerechtigkeit, wenn ein Land, das einen unentgeltlichen Anreiz erdulden mußte und von dem 18 Departements durch die Invasion vernichtet wurden, nach seinem Siege auf seine Kosten die Ruinen wieder aufbauen müßte, die ein Krieg von vierjähriger Dauer auf seinem Gebiete geschaffen hat, und wenn es seinen Steuerpflichtigen zumuten müßte, die regelmäßigen Anwendungen für die Hinterbliebenen der Kriegsveteranen, die Witwen und Waisen, für die Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen der bürgerlichen Familien, die vom Feinde erschossen worden sind, überzukommen.

Gute schamlose Propaganda, deren geistige Urheber nur zu leicht zu vermuten sind, richtet sich heute gegen Frankreich und bemüht sich, seine Haltung und seine Absichten zu unterstellen. Man schildert uns in einer Weise, als seien wir von einer Art imperialistischer Tollheit besessen. Wir fordern Einhaltung der Verträge, die das Parlament angenommen hat und die die Integrität Deutschlands, Frankreichs und seiner Alliierten tragen. Wir fordern nur Zahlung dessen, was man uns schuldet. Wie könne Frankreich in dieser wichtigen Frage nachgeben. Deutschland behauptet, es sei zahlungsunfähig. Im Gegenteil, es verschleudert systematisch seine Mittel, es zahlt weniger Steuern als Frankreich, es erhält seine Steuerbeiträge regelmäßig, es macht unbegrenzte Ausgaben und gibt Papiergeld aus, das den Wert seines Geldes verringert und seine Ausfuhr fördert. Es ist nicht darauf, daß seine Großindustriellen in- und ausländische Zahlungsmittel in ausländischen Unternehmen anlegen. Während es aber dieses lächerliche Spiel organisiert, verteuert seine Gesellschaften riesige Dividenden, arbeiten seine Fabriken in vollem Umlauf, nimmt seine wirtschaftliche Stärke jeden Tag zu. Wenn sich der Staat ruiniert, bereichert sich doch die Nation. Nun ist es aber die ganze Nation, die mit ihrem Einkommen und ihrem Kapital Blöße der Staatsbankrott ist. Im Namen der Nation wurde der Vertrag von Versailles und der von der Reparationskommission aufgestellte Zahlungsplan sowie die im Mai 1921 aufgestellte Gesamtsforderung der Alliierten angenommen. Frankreich verteidigt nur die internationalen Abkommen. Es gehorcht weder einem Gefühl des Hasses und der Rachsucht, noch den Einfühlungen des Goldismus. Es hat den lebhaften Wunsch, die Welt sobald als möglich aus ihrem schmerzlichen Unbehagen herauszuführen zu sehen, das auf ihr lastet. Die Regierung ist jedoch der Ansicht, daß die grundlegende Bedingung für den allmählichen wirtschaftlichen Wiederaufbau die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete in den beiden Ländern ist, die zuerst von den Deutschen angegriffen wurden. Nicht nur die Gerechtigkeit fordert die Wiederherstellung, sondern das allgemeine Interesse der Welt. Wenn Frankreich und Belgien verurteilt werden, so würde das einen unermesslichen Mißerfolg aller weiteren Versuche bedeuten. Das Problem der Reparation beherrscht daher alle anderen. Wenn Deutschland in dieser wichtigsten Frage seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, so werden wir die nach Ansicht der Reparationskommission zu ergreifenden Maßnahmen zu prüfen haben. Die erste wird sich, ohne vorzugreifen, auf die Länder und Garantien beziehen, deren Notwendigkeit anerkannt werden kann, und auf die Einrichtung einer wirksamen ernstlichen Kontrolle über den Reichshaushalt, die Notenausgabe und die Ausfuhr Deutschlands. So wichtig auch diese Angelegenheit für Frankreich ist, so darf sie uns doch die anderen Bestimmungen des Vertrages von Versailles nicht vergessen lassen, wie die Abrüstung und die Befreiung der Kriegsgefangenen. Solange diese unumkehrbar bleiben, werden wir nicht nur vollkommen berechtigt sein, die Sanctionen, die ergreifen worden sind, beizubehalten und weitere zu ergreifen, sondern wir werden auch erwidern, zu erklären, daß die Räumungsbefehle für das linke Rheinufer noch nicht zu lauten begonnen haben. Das ist die Auffassung, die die französische Regierung immer vertreten hat. Mehr als je ist es wichtig, sie beizubehalten. In diesen verschiedenen Fragen und in vielen, vor die wir noch gestellt werden, werden wir uns lokal beschließen und uns mit unseren Verbündeten verständigen. Wir werden die Prüfung der Angelegenheiten wieder aufnehmen, die vorübergehend in der Verständigung herangezogen haben. Wir werden uns bemühen, diese unversöhnlich beizulegen. Eine der wirtschaftlichen Garantien für den Frieden ist das Befolgen von Abkommen zwischen Völkern, die durch die Gemeinsamkeit ihrer Interessen gebunden sind. Die Regierung wird es als ihre Ehre betrachten, dem Völkerbund ihre tätige Mitwirkung zu leisten. Die Einladungen für die Konferenz von Genéve wurden von den Alliierten verweigert. Wir werden darauf dringen, daß die im Protokoll von Cannes niedergelegten Bedingungen von den Delegierten vor den Erörterungen angenommen oder abgelehnt werden und daß keine der Bestimmungen der Friedensverträge nicht einmal indirekt von der Konferenz erörtert werden soll. Falls uns genaue Garantien in dieser Hinsicht nicht gegeben würden, wären wir gezwungen, unsere volle Handelsfreiheit zurückzunehmen. Wir werden sehr glücklich sein, wenn ein Vertrag, der zur Befreiung des Friedens dienen kann, bald zwischen England und Frankreich unterzeichnet werden kann. Gleichzeitig werden wir uns mit England und Italien ins Einvernehmen zu sehen haben, um im Orient einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen Türken und Griechen vorzubeugen, damit wir im Einvernehmen mit unseren Alliierten die Vorteile der Konzeptionen von Angora verwirklichen können und damit wir endlich die Ruhe an den Grenzen Europas herbeiführen.

Die Interpellationsdebatte.

Als Poincaré vor seiner Rede die Kammertribüne bestieg, wird er vom Protest der Sozialisten des ganzen Hauses bis weit in die bürgerliche Mitte hinein empfangen. Die Regierungserklärung wurde aufmerksam angehört. Mit fast einmütigem Beifall wurden die Stellen der Rede aufgenommen, die von der Reparationsfrage sprechen. In der auf die Rede folgenden Inter-

Der Reichstag über die Finanznöte der Gemeinden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. Januar.

Präsident Ebbé eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf auf den verstorbenen Abgeordneten Delbrück (Nat. Vn.). Die Interpellationen Dr. Stresemann, betr. Futtermittelsversorgung, und Berger wegen des Wagenmangels der Reichswehrröhren werden innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden. Das Gesetz über die Vereinfachung des Anwartschaftsverfahrens geht an den Rechtsausschuss, der Entwurf über Errichtung einer Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherung an den Hauptauschuss.

Bei Beratung des Gesetzes, betr. die Entschädigung der zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen berufenen Vertrauensmänner, fordert Abg. Hosenfeld (U. Sos.) Maßnahmen, daß auch Arbeitervertreter in die Wahlausschüsse kommen. Reichsjustizminister Radbruch glaubt eine Veranlassung der Arbeiter durch eine Erhöhung der Bezüge und eine Umgestaltung der Auswahl ermöglichen zu können. Ein entwerfender Entwurf dürfte im März fertiggestellt sein. Das Gesetz wird in allen drei Lesungen genehmigt. Die Interpellation der Demokraten wegen der Finanznot der Gemeinden

wird von dem Abg. Rülls (Dem.) begründet. Redner fordert eine Reichsgeheimordnung, die allerdings keine Beschränkung der Selbstverwaltung enthalten dürfte. Reichsfinanzminister Dr. Peremes: Ich halte es nicht für richtig, an die Behandlung so schwieriger Fragen, wie die des Verhältnisses von Reich und Ländern, heranzugehen, indem man von vornherein die Schuldfrage stellt. Wir sollten lieber an den Ausgangspunkt die gemeinsame Erkenntnis legen, daß bei der praktischen Durchführung der Steuererlasse Schwierigkeiten hervorgerufen sind, die damals niemand voraussehen konnte. Die schwierige Lage der Gemeinden ist uns seit langem bekannt. Der Entwurf einer Novelle zum Landessteuergesetz, der die Gemeinden besserstellen wird, ist dem Reichstag zur Beschlussfassung vorgelegt. Sobald der Reichstag über die wichtigsten

Steuererlasse entschieden hat, beabsichtige ich, die Landesfinanzminister zu einer Konferenz darüber einzuladen, wie den Gemeinden zu helfen ist. Selber läßt sich im Augenblick nicht überlegen, welche Beträge den Ländern und Gemeinden aus den Heberweinsteuern zuzuführen werden. Die Mehrausgaben infolge der Befolgungsneuerung betrachten die Reichsregierung als eine Folge der Geldentwertung, die automatisch durch die Erhöhung der Einnahmen ihren Ausgleich finden werden. Das Fehlbende sollen die Länder den Gemeinden als Zuschuß gewähren nach Richtlinien, die zwischen Reich und Ländern vereinbart werden sollen. Das Reich hat sich bereits früher bereit erklärt, Zuschüsse zu gewähren und das ist inzwischen geschehen, soweit die Länder Zuschüsse angefordert haben. Sie betragen bisher schon über fünf Milliarden Mark. Das Reich beabsichtigt nicht, in direkte Beziehungen zu den Gemeinden zu treten. In allen deutschen Einzelstaaten haben die Länder ein Aufsichtsrecht über die Gemeinden. Wenn die Reichsregierung also Prüfung der Ausgaben der Gemeinden fordert, so hält sie sich im Rahmen der bisherigen Verfassung.

Abg. Berndt (NatL): Ich will keine Vorwürfe machen. Ich muß aber historisch feststellen, daß wir Deutschenationalen an dieser Steuererhebung nicht schuld sind.

Abg. Scholz (D. Vn.): Das Reich muß endlich einsehen, daß es außer dem Reich auch noch Länder und Gemeinden gibt. Eins tut not: daß die Gemeinden wieder Steuerverantwortung bekommen, ohne die gibt es keine Selbstverwaltung.

Darauf wird die Aussprache abgebrochen. Das Gesetz über die Veranlassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt wird an den Rechtsausschuss verwiesen. Das Gesetz über Gleichstellung der Frauen in der Justiz wird an denselben Ausschuss zurückerwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag, den 20. Januar, nachm. 2 Uhr. Anträgen, Arbeitsnachweisgesetz, Kriegsschuldengesez, Fortleitung der Gemeindebedatte, kleineres sozialpolitisches Gesez.

pellationsdebatte erklärte der Sozialist Baxene, die Sozialisten seien die entschiedensten Gegner Poincarés. Die Übernahme der Regierung habe in der Kammer große Erregung geschaffen. Die Politik Poincarés führe zur Isolation. Die sozialistische Politik der Reparationen habe im Verlaufe der Zeit Poincarés den Vorteil, daß sie schon die Zustimmung eines Teiles der öffentlichen Meinung in Deutschland gefunden habe. Einige meiner Freunde bereiten zurzeit Deutschland und wurden von der Volksmenge freudlich begrüßt. Ich verlange von Ihnen, daß sie nicht den Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland entzweiten, der reparieren will. Sie werden früher oder später — ich glaube zu spät — zu der Lösung zurückkommen, die praktische Menschen allem für realisierbar halten, nämlich daß Deutschland besichtigt wird, was es mit Geld bezahlen kann, und was nach internationalen Urteil mittels einer Wiederaufbaupolitik Europas aufgebracht wird. Ich glaube, daß sie zweckmäßig Schritte an Seite mit England und Amerika machen werden. Poincaré wird zustimmend mit dem Kopf nickt. Sie werden das Recht geben nicht bestehen, sondern viel früher nach Genéve gehen als nach Berlin. Sie werden diejenige Politik mit ihr Vorgänger Briand treiben, welche nicht mit etwas mehr Erfolg. (Vera Lauber ruft: und mit weniger Mühe! Er wird zur Ordnung gerufen.)

Der Kommunist Marcel Cachin spricht darauf von der Konferenz von Genéve. Die Vertreter Russlands werden dort mit den anderen Völkern auf dem Fuße der Gleichheit diskutieren. Poincarés Rückkehr zur Regierung hat große Erregung in Lande hervorgerufen. Er erinnert an die Politik, die Poincaré im Jahre 1914 getrieben habe, und an die Briefe, die Jowoffski an Caillois geschrieben hat. Poincaré erwidert: Ich lese diese Briefe das formelle Dokument entgegen. Ich habe sie niemals gesehen. Sie existieren nicht und wenn sie existieren, sind sie gefälscht. Cachin beendet seine Rede mit der Erklärung, das Proletariat sei gegen jede Politik, die wieder zum Kriege führen könne.

Hierauf ergreift der Abgeordnete Marc Sanauder das Wort: Die Politik der Zukunft könne nicht anders sein, als die der Vergangenheit. Es gebe in Deutschland nicht nur Menschen von höchstem Willen, es gebe dort auch ehrenhafte Menschen. Redner bemerkt, daß in längeren Auseinandersetzungen zu bemerken, daß es in Deutschland zahlreich überzeugte Passifisten gebe. Diese Deutsche hätten gegen die preussische Beherrschung gekämpft. Sie dürften nicht durch die Haltung Frankreichs entmutigt werden. Er bedauere, daß über die Reparationsfrage in Frankreich gesehelt werde. Schließlich verlangte er den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Es sei unmöglich, Europa ohne Deutschland und ohne Rußland wieder aufzubauen oder gegen sie. Es bedeute für Frankreich das Ende, wenn es sich von den großen internationalen Problemen fernhalte.

Der Abgeordnete Bonnet hält darauf eine Rede, von der Sanauder sagt, daß niemand ihr zuhöre. Der Ministerpräsident Poincaré nahm nach Schluß der Debatte die Tagesordnung Arragon an, die die Erklärung der Regierung billigt, ihr das Vertrauen auszusprechen, jeden weiteren Zusatz ablehnt und zur Tagesordnung übergeht.

Dieser Tagesordnung wird sodann die Priorität mit 472 gegen 107 Stimmen zugesprochen und die Tagesordnung durch Aufheben der Hände angenommen.

Nach Annahme der Vertrauensbeschlüsse Arragon ergreift Ministerpräsident Poincaré nochmals das Wort. Er führte u. a. aus: Ich war Ministerpräsident, als die ersten Wollen an dem Ballen aufstiegen. Mit dem Präsidenten der Republik Fallier und dem Restan aller Deputierten haben wir uns bemüht, die Gefahr zu beseitigen. Gegen den Willen der französischen Regierung ist der Krieg ausgebrochen. Alle Abgeordnete erheben sich und spenden Beifall. Als der Krieg gegen uns erklärt wurde, war es unser einziger Wunsch, den Sieg mit dem Restan aller im Burgfrieden sicher zu stellen. Unsere Politik muß den schwierigsten Problemen der Außenpolitik untergeordnet werden.

Der Ministerpräsident ging dann dazu über, die ministerielle Erklärung zu kommentieren.

Die Alliierten seien verpflichtet gewesen, sich Bürgschaften gegen Deutschland zu verschaffen. Er wolle gern annehmen, daß Deutschland sich demokratisiere und passifistisch werde; aber inzwischen müsse er, wie Briand das in Washington gesagt habe, feststellen, daß Deutschland weder moralisch noch materiell abgerüstet habe. Schließlich erklärte Poincaré, Frankreich müsse diese Verhandlungen mit den Alliierten fortsetzen, gestützt auf seinen

eigenen Wert, und mit allen seinen Freunden auf dem Fuße der Gleichheit sprechen. Der Vertrag von Versailles verknüpfe alle und binde alle untereinander, wie er Deutschland den Alliierten gegenüber binde. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Derriot führte aus, über verschiedene Fragen der inneren Politik seien die Kabinets mit dem Ministerrum einverstanden. Was die äußere Politik betreffe, so seien sie der Ansicht, Konferenzen seien der Geheimdiplomatie vorzuziehen. Die Konferenz von Genéve sei zu begrüßen, auch, daß Rußland dort vertreten sei. Frankreich dürfe die Frage der Reparationen nicht mit der Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus von Europa verbinden lassen. Deutschland unter Wilschuld der englischen Finanzleute nach einem Mittel, um diese beiden Fragen miteinander zu verknüpfen. Dies müßte die französische Regierung zunächst machen. Derriot suchte darzulegen, daß Deutschland sich weigere, Steuern aufzubringen. Er sprach ferner von Unterstützungen, die den Kriegsbewahnen zufließen würden, wodurch das Defizit geschaffte werde. In Hamburg habe er gesehen, daß Deutschland seine Handelsflotte wieder aufbaue, die in fünf Jahren das sein werde, was sie vor dem Kriege genies. Die Reparationen könne Deutschland nur zahlen, wenn Handel und Industrie die unerlässlichen Opfer brächten.

Darauf wurde die Vertrauensbeschlüsse Arragonis, wie gemeldet, angenommen.

Die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Wie die Berliner Blätter mitteilen, ist der auswärtige Ausschuss des Reichstages von seinem Vorsitzenden Dr. Stresemann für heute vormittag 10 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden.

Der Reichsrat

nahm gestern zunächst einen vierten Nachtragsetat für 1921 an, der insbesondere durch die Abminderungen der Reichsregierung mit den Epithemorganisationen der Arbeiter und Beamten über Lohnverhältnissen und Teuerungszuschläge notwendig geworden ist. Bezüglich des Etats des Reichsfinanzministeriums schloß sich das Reichsratsplenum den Beschlüssen des Ausschusses an, die Ausgaben für diesen Etat nur noch auf ein halbes Jahr zu bewilligen. Gegenüber einem Ausschussbeschlusse, die Mittel für den Veronalbedarf des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft nur noch bis 1. Oktober 1922 zu bewilligen, wurde auf Antrag Bayerns die Regierungsvorlage wieder hergestellt. Die Abträge im Veronaletat wurden nach Ausschussbeschlüssen angenommen. Nach den Ausschussbeschlüssen wurde in erster und zweiter Lesung der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung angenommen. Der Reichsrat stimmte ferner dem Haushalt zur Ausführung des Friedensvertrages zu, der einen Gesamtzuschuß von 187,5 Milliarden erfordert. Angenommen wurde schließlich nach den Ausschussbeschlüssen das Haushaltsbuch und der Reichshaushaltsplan. Im Anschluß daran stimmte der Reichsrat einer Entschließung des Ausschusses zu, die die Regierung ersucht, die Auflösung des Reichsfinanzministeriums baldigst in Angriff zu nehmen und bis spätestens 1. Oktober 1922 durchzuführen.

Die Haltung der Mehrheitssozialisten in der Steuerfrage.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern ihre Beratungen über die Steuerfrage abgeschlossen. Laut „Vorwärts“ wurde das Angebot der Reichsregierung in mehreren Punkten als nicht weitgehend genug bezeichnet. Der Plan einer Zwangsanteile vermag bei weiteren Zugeständnissen der Regierung vielleicht zu einer Verständigung zu führen, wenn er als nichtbaldiges Opfer des Heißes zu betrachten ist. „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und „Tageblatt“ glauben, daß die gestrigen Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Basis für Verhandlungen mit dem Zentrum darstellen, die zu einem Steuerkompromiß führen könnten. Die erste interfraktionelle Sitzung zwischen Zentrum und Sozialdemokraten findet heute statt.

Die Kohlenlieferungen an die Entente.

Die Reparationskommission veröffentlicht folgenden Bericht: Die Reparationskommission hat beschlossen, anstelle der Monatsprogramme für Kohle und Koks ein